

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Zur Verfassungsgeschichte Preußens

Lasker, Eduard

Leipzig, 1874

III. Anfang und Ende der neuen Aera. (1873.)

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-8117

III.

Anfang und Ende der neuen Aera.

(1873.)

III

Antiquarische Bibliothek des Königs von Preussen

(1781)

Was in Preußen 1858 sich zutrug, war keine bloße Ablösung der Parteien in der Regierung, wie sie in Ländern von constitutioneller Gewöhnung stattzufinden pflegt, sondern es war ein geschichtliches Ereigniß von ungewöhnlicher Tragweite. Mit alleiniger Ausnahme des Jahres 1848, welches wegen seiner ungewissen und schnell veränderlichen Zustände nicht in Betracht kam, hatte Preußen noch nie zuvor eine liberale Regierung besessen. Jetzt befand sich zum ersten mal die große Mehrzahl des Volkes in Uebereinstimmung mit der leitenden Gewalt, sie erwartete unter der Leitung der Regierung einen maßvollen Fortschritt und sie begrüßte diesen Zustand, welcher den Instincten des preussischen Volkes am meisten zusagt, wie den Anbruch einer neuen Aera; im Volksmunde wurde sogar dieser Name schlechtweg gebraucht. Wenn auch nicht alle Maßnahmen der neuen Regierung gebilligt sogar Zweifel über die Absicht schon früh laut wurden, so überwog am Anfang doch das Vertrauen und das Ergebnis der allgemeinen Wahlen durfte als der richtige Ausdruck der öffentlichen Stimmung bezeichnet werden. Den Absichten der Wahlen entsprechend bildete sich im Abgeordnetenhanse unter der Führung des Herrn von Vincke eine Partei aller Liberalen, welche die entschiedene Mehrheit der Abgeordneten umfaßte und die Unterstützung der Regierung zum Programm erhob. Im Landtage und außerhalb wirkten die Vertreter dieser Partei dafür, daß die Regierung mit keiner Forderung gedrängt wurde. Der Wechsel in den Regierungs-

grundsätzen habe sich durch den freiwilligen Entschluß des Regenten vollzogen; aus Dankbarkeit und Klugheit gezieme sich gleich sehr, dem hohen Willen sich anzuschließen und den Antrieb, anscheinend oder thatsächlich, dort fortwirken zu lassen, woher er gekommen sei. Eingeweihte warnten, daß man nicht, indem man die Regierung drängte, populären Strömungen zu folgen, den Anschein hervorgerufen möchte, als ob die Machtverhältnisse in Preußen sich zu verändern begönnen. Es dürfe nirgends schroff hervortreten, daß der königliche Wille mehr als früher gehindert sei. Am preußischen Hofe erhalte sich noch die alte Ueberlieferung, daß die Königsgewalt nicht zu vermindern sei; man dürfe der Regierung bei der ersten Wendung, welche freiwillig von oben her im liberalen Sinne vollzogen werde, nicht zur Last legen, daß sie jene Ueberlieferung verlasse. Man müsse vielmehr in dem bedeutsamen Wechsel die Wege ebnen und die freiwillig gewählte Bahn auch als die bequemste werth machen.

Diesen Mahnungen kam ein allseitig guter Wille entgegen. Die große Mehrzahl war ohnehin befriedigt, im Vergleich mit der eben beendeten Reaction und in dem völlig neuen Gefühle, die Freiheit in geordneten Verhältnissen und unter dem Beifall der Regierung zu genießen. Andere sahen freilich mit Besorgniß den günstigen Augenblick versäumen und einen Zustand einleiten, in welchem die neugewonnene Freiheit nicht durch Bürgschaften des Gesetzes gestützt, nicht durch Anstrengungen des Volkes befestigt, sondern allein durch die Neigungen des Herrschers getragen wurde. Der Wille eines Einzelnen galt ihnen als keine genügend feste Grundlage, auch nicht für die Dauer des Ueberganges. Im Gegensatz zu dem Vertrauen der meisten forderten sie zunächst von den Ministern, und wenn diese auf unüberwindliche Hindernisse stießen, von dem Abgeordnetenhanse den Anfang einer Politik, welche durch Entschlossenheit die Freunde anrege und die Gegner entmuthige. Doch als sie mit ihren Wünschen weder hier noch dort durchdringen konnten, beschränkten sie sich, von der Stellung aus, in welche sie gedrängt wurden, die Entwicklung zu beobachten. Sie traten weder in offene Opposition, noch zogen sie sich von dem öffentlichen Leben ganz zurück, sondern im Gegensatz

zu den eben überwundenen schlimmeren Zeiten bekundeten sie durch ihre Theilnahme an der Wahl und auf jede andere Weise, daß sie die Wohlthat des Wechsels anerkannten.

So beschaffen waren die Anfänge der neuen Aera. Vielleicht hat keine Zeit ein zufriedeneres Volk gesehen, als das preußische damals war. Ganz Deutschland erfreute sich des Umschwunges; bis zum äußersten Süden erwachte die Sympathie. Die Grenzen waren plötzlich übersprungen, alle Hoffnungen wendeten sich nach Preußen; nach fast zehnjähriger Unterdrückung fing der nationale Gedanke wieder an, um die Leitung Preußens zu werben. Aber in den ungewissen Anfängen lagen schon die Keime zu den Irrungen, welche unaufhaltsam sich entfalteten und immer größere Kreise ergriffen. Gegenüber den lange eingelebten Gewohnheiten um den Hof mußte die Regierung auf die schwungvolle Theilnahme des Volkes sich stützen, und hierfür fehlte von vornherein die Durchsichtigkeit der Ziele.

In den ersten Monaten schon erhielt die Regierung ohne ihr Hinzuthun, durch den zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich ausgebrochenen Krieg, die kostbarste Gelegenheit, den deutschen Beruf Preußens sichtbar zu machen. Der günstige Augenblick wurde durch Zögern versäumt. Preußen erschien zu spät auf dem Felde, und die populäre Nachwirkung des endlichen kräftigen Entschlusses ging gänzlich verloren, weil die Regierung ihre Absichten in ein undurchdringliches Dunkel hüllte. Für den greifbaren Inhalt der nationalen Bewegung war es von der größten Wichtigkeit, welche Stellung Preußen zu den Verlegenheiten Oesterreichs in Italien und zu dessen Beziehungen in Deutschland einnahm, und doch konnte außerhalb der Regierung niemand enträthseln, zu welchen Zwecken die Armee aufgeboten, ob und in welchem Umfange die bessere Einigung Deutschlands in Betracht gezogen wurde, ob unmittelbar nur Oesterreich unterstützt oder gleichzeitig die Leitung in Deutschland verändert werden sollte. Als später patriotische Männer den nationalen Gedanken in eine organisirte Bewegung brachten und im Nationalverein für die Leitung Preußens und den Ausschluß Oesterreichs die öffentliche Meinung vorbereiteten, wußte man nicht, ob die Regierung zu begünstigen oder entgegenzuwirken strebte. Nicht allein

die Aeußerungen einzelner Minister, sondern auch Verwaltungsacte fielen verschiedenartig aus. Bis in die kleinsten Einzelheiten schwankte das Benehmen. In Ermangelung einer erkennbaren Leitung strebten die populären Nationalgefühle mit doppelter Begierde sich bei jedem passenden Anlaß zu äußern, aber von der preußischen Regierung erfuhren sie keine Ermunterung, und obschon sie niemals die gesetzmäßigen Bahnen verließen, hatten sie doch mit der obrigkeitlichen Ungunst zu kämpfen. In Berlin regte der hundertjährige Geburtstag Schiller's zu einer großen nationalen Demonstration an. Der Grundstein zu einem Schiller-Denkmal sollte gelegt und eine öffentliche Feier mit Aufzügen der Gewerke in den Straßen veranstaltet werden. Dazu bedurfte es der obrigkeitlichen Erlaubniß. Lange dauerten die Unterhandlungen, Minister beteiligten sich bei dem polizeilichen Acte, die Erlaubniß wurde in Aussicht gestellt, versagt und wieder in Aussicht gestellt. Erst in den allerletzten Tagen nahm die Regierung selbst die Feier in die Hand, mit der unverhehlten Absicht, eher dem Helden der Literatur als dem Nationalhelden die Huldigung darzubringen.

Drei und ein halbes Jahr war das liberale Ministerium am Ruder, aber noch bis heute ist unbekannt, welchen Leitfaden es in der deutschen Politik befolgte, was es freiwillig oder nur aus Nothwendigkeit verwarf. Von der amtlichen Regierungspolitik erfuhr man nur, daß Preußen eine verbesserte Bundeskriegsverfassung forderte. Auch dieses eingeschränkte Verlangen trat entweder in den preußischen Anträgen schüchtern, oder wenn diese den ganzen Inhalt des Strebens ausdrückten, in unannehmbarer Gestalt auf. In der kräftigen Durchführung einer einheitlichen Kriegsführung konnten die Keime einer wahren Nationaleinheit gewonnen werden. Aber was die preußische Regierung forderte, trug zunächst ein Moment der Schwächung in sich und führte vom Ziele ab. Das Bundescontingent sollte in zwei Armeen zusammengefaßt und der Oberbefehl der nördlichen Armee an Preußen übertragen werden. Dieser Vorschlag wurde als das Gegentheil deutscher Einigung von nationalen Kreisen mit Mißtrauen aufgenommen und man wollte ihn durchaus nicht als den letzten Zielpunkt einer

liberalen preussischen Regierung auffassen. Als jedoch (1861) im Abgeordnetenhaus beantragt wurde, in der Adresse an den König diesen Theilungsplan abzulehnen und die oberste Führung des gesammten deutschen Heeres in der Hand Preußens als die allein annehmbare Veränderung zu bezeichnen, widersetzte sich die Regierung dem Beschlusse. Eine Gefahr war zwar, nach der Aeußerung des Ministeriums, mit einem solchen Beschlusse nicht verbunden, aber der Regierung war er „im höchsten Grade unerwünscht“. Die große Mehrheit lehnte den Antrag ab, in gewohnter Willigkeit gegen die Regierung. Die leitenden Minister waren von nationalen Gefühlen beseelt; niemand zweifelte daran. Aber für die Lösung des nationalen Dranges hat die Regierungspolitik der neuen Aera kein erkennbares Merkmal hinterlassen.

In der innern Verwaltung hat die liberale Regierung durch ihr Beispiel bewiesen, wie viel eine wohlgelittene Regierung zum Behagen des Einzelnen beitragen kann. Die Anfänge jener Periode werden überdies ein dauerndes Zeugniß bleiben für die wichtige Erscheinung, daß das preussische Volk seine vollste Befriedigung im Einverständnis mit einer gesetzestreuen Regierung findet; eine werthvolle Lehre gegen diejenigen, welche über die Oppositionslust des Volkes sich beklagen oder auf dieselbe speculiren. Aus jener Neigung entsprang das Uebergewicht des Vertrauens und der guten Wille, welche der Regierung entgegenkamen. Aber die Wirkungen dieser Stimmung wurden zuerst durch die Unklarheit der Absichten beeinträchtigt, dann durch die Unentschlossenheit der Ausführung allmählich aufgehoben.

Wie während der allgemeinen Wahlen, so blieb es später noch zweifelhaft, ob die Regierung entschlossen war, alle Hindernisse wegzuräumen, welche dem Geiste der Verfassung entgegenwirkten, oder ob sie sich begnügen wollte, auf den alten Wegen die groben Mißbräuche abzustellen. Die Ansprache des Regenten ließ verschiedene Deutungen zu, und von den Ministern wurde bald die eine, bald die andere Meinung unterstützt. In der Verwaltung selbst kamen die Folgen der ungewissen Politik zum Vorschein durch Widersprüche, welche das öffentliche Urtheil verwirrten und das Ansehen der Regierung schwächten. Die frühere Regierung hatte mit der

größten Strenge die Beamten dazu angehalten, dem leitenden Willen ihrer Chefs unbedingt zu folgen und als ausführendes Organ ihrer Anweisungen und Absichten zu dienen. Unzweifelhaft hatte die Reaction hierin die Grenzen des Verwaltungsbedürfnisses und des Verwaltungsrechts weit überschritten, aber jetzt riß die entgegengesetzte Praxis ein, weit über das gestattete Maß hinaus. Besonders unter den politischen Beamten traten einzelne in offenen Widerspruch sogar gegen den Geist der Verwaltung, welchen die Ansprache des Regenten unzweideutig angekündigt hatte. Solange Herr Flottwell das Ministerium des Innern leitete, lud man die Schuld auf die Person des Ministers, welcher zwar von redlichem Willen beseelt, aber den bedeutenden Ansprüchen des Amtes und der Lage nicht gewachsen war. Im Ministerium des Innern lag der Schwerpunkt der Verwaltung, zu diesem Ressort gehörten die politischen Beamten, welche die frühere Regierung auch aus den lebhaftesten Parteigängern der Reaction ausgewählt hatte; und gerade hier begegneten die Beamten einer durch Unkenntniß der Verhältnisse gehemmten, durch das hohe Alter gebeugten Energie. Es war ja bekannt, daß Herr Flottwell selbst diese seine Schwäche gegen den Eintritt in das Ministerium eingewendet hatte, und daß er wie früher zum Eintritt, so jetzt gegen seinen persönlichen Wunsch nur durch die Noth der Umstände und aus patriotischem Pflichtgefühl zum Verbleiben sich bewegen ließ. Aber welcher Art war die Noth; gab es keine für das Amt und die Lage geeignete Person? Graf Schwerin war in aller Munde. Durch sein politisches Vorleben und seine persönlichen Eigenschaften galt er vom ersten Tage der Wendung an als der Staatsmann, welcher die politische Richtung der neuen Aera am besten bezeichnete und deren Träger zu werden verdiente. Sein Ansehen im Lande rührte vom Vereinigten Landtage her, wo er gegen das Februarpatent die Ansprüche des Landes auf eine wahre Verfassung besonnen und entschieden vertheidigte und bald an der Spitze der Verfassungspartei stand. Nach der Revolution von 1848 gehörte er zu den ersten, welche der König in das Ministerium berief, aber als er die Schwierigkeiten der Lage übersah, gab er sogleich das Amt auf und behielt seinen Namen unver-

fehrt. Seitdem blieb er der furchtlose Vertheidiger der gesetzlichen und zugesagten Rechte gegen die Reaction, der maßvollen Entwicklung gegen die drängende Ungeduld. Während der ganzen Reactionszeit war er der hervorragende Führer der Opposition in dem parlamentarischen Kampfe, in welchem er als Abgeordneter und wiederholt als Präsident des Abgeordnetenhauses sich bewährte. Seine derbe Ausdrucksweise hatte ihm den Ruf eines energischen, seine Anerkennung der Gegner den Ruf eines gerechten Mannes verschafft, und als sicheres Zeichen seiner Vorzüge galt, daß er trotz seines schroffen Wesens in der unmittelbaren Umgebung die wärmste Zuneigung und im Lande die weitest verbreitete Popularität genoß. In den allgemeinen Wahlen des Jahres 1858 wurde er von vier Wahlkreisen gleichzeitig in das Abgeordnetenhaus und hier wurde er mit sieben Achteln aller Stimmen zum Präsidenten gewählt. Auffällig war, daß in der Bildung des neuen Ministeriums dieser Mann umgangen wurde, und allgemein gab man der Noth der Verhältnisse, welche Herrn Flottwell zur provisorischen Uebernahme und Leitung seines Ressorts bewog, die Auslegung, daß die leitenden Minister den Grafen Schwerin als Amtsgenossen wünschten, aber nicht erlangen konnten. Auch dies zählte man zu den Merkmalen der Unsicherheit. Deshalb nahm man es wie ein bedeutungsvolles Ereigniß auf, als im August 1859 Herr Flottwell zurücktrat und Graf Schwerin das Ministerium des Innern übernahm. Jetzt endlich war das Provisorium vorüber und das Ministerium hatte ein entschiedeneres Aussehen, da die liberale Mehrheit durch den vorzüglichsten Repräsentanten der liberalen Partei und des parlamentarischen Berufes verstärkt war.

Einen wesentlich verschiedenen, fast entgegengesetzten Charakter trug eine Ergänzung des Ministeriums, welche einige Wochen nach dem Eintritt des Grafen Schwerin erfolgte. Ohne irgend ein vorausgegangenes Anzeichen wurde plötzlich der Kriegsminister von Bonin entlassen und Herr von Roon an seine Stelle berufen. Seit dem Anfang der Regentschaft schwebten Verhandlungen über die Reorganisation der Armee; das System des Kriegsministers wurde nicht durchweg in militärischen Kreisen gebilligt, und Herr von Roon war mit Gegenplänen amtlich beschäftigt. Unter

diesen Umständen konnte der Wechsel des Kriegsministers einen bloß technisch-militärischen Grund haben. Aber eine politische Bedeutung lag im Gegensatz der Personen und in der Art, in welcher der Wechsel sich vollzog. In Preußen pflegt sonst die Entlassung auch nur eines Ministers mit der Umständlichkeit einer Cabinetskrisis behandelt zu werden; dieser Wechsel aber erfolgte in überraschender Eile. Man sagt sogar, daß die übrigen Minister von der Entlassung ihres bisherigen und der Ernennung ihres neuen Collegen erst durch die vollbrachten Thatfachen Kenntniß erhalten haben. Im Publikum zählte überdies Herr von Bonin zu den wenigen Generälen, denen man ein Interesse für liberale Regierungsweise zuschrieb. Für den General von Roon fiel mindestens diese Empfehlung weg, sicher aber haben damals schon seine Collegen an ihm das schneidige und schroffe Wesen gekannt, welches ihn später zu einer so hervorragenden Rolle im Conflict bestimmt haben. Einiges von diesen Misahnungen drang in das Publikum, welches ihn als einen in das Ministerium eingetriebenen Keil bezeichnete; die in den Herren von der Heydt und Simons etwas lässig vertretene Gegenseite habe jetzt ein handelndes Haupt erhalten. Indessen die liberalen Minister beschwichtigten, Herr von Roon selbst legte sich die Rolle der Klammer bei, welche das Ministerium nur noch fester zusammenhalten würde, und die weiteren Volkskreise, welche für jetzt noch mehr mit den allgemeinen Fragen der Verwaltung, als mit den beabsichtigten Veränderungen in der Heeresorganisation vertraut waren, hielten sich an die für sie wichtigere Ernennung des Grafen Schwerin.

Selbst die eigenen Collegen dieses Ministers sollen, wie ich glaubwürdig berichtet bin, damals der Meinung gewesen sein, daß Graf Schwerin über die wichtigsten Differenzpunkte seines Faches und der allgemeinen Politik bestimmte Bedingungen gestellt und Zusagen erhalten habe; kein Wunder, daß Entfernterstehende seinen Eintritt für die Erfüllung eines Programms nahmen und ihre Erwartungen danach einrichteten. Vor allem erwartete man das kräftigste Einschreiten gegen die Beamten, welche sich durch die Ausübung ihres Amtes in einen offenkundigen Gegensatz zum System der Regierung brachten. Der Zwiespalt innerhalb der Verwaltung

verwirrte den Sinn der Regierten und überhäufte die Minister mit Berlegenheiten und Geschäften. Wer in seiner Heimat nach Art der bisherigen Polizeiwirthschaft beeinträchtigt wurde, brachte natürlich seine Beschwerden an den Minister. Graf Schwerin ließ es niemals an Abhülfe fehlen, wenn er angegangen wurde, die ungesetzmäßige oder willkürliche Handlung eines untergeordneten Beamten aufzuheben. Aber der Gang der Verwaltung und das Ansehen der Regierung litten gleichmäßig Schaden, solange zwei Systeme um die Herrschaft miteinander zu kämpfen schienen. Besonders auffällig traten einige Spitzen der Provinzialbehörden und andere politische Beamte hervor, deren Benehmen geradezu feindselig und nur dadurch erklärlich war, daß sie der liberalen Regierung keine lange Dauer und in der Gegenwart nicht die Kraft zutrauten, die widerstrebenden Beamten zum Gehorsam zu zwingen oder aus den Aemtern zu entfernen. Gegner und Freunde nahmen es für ein Zeichen der Schwäche, daß die Minister einen solchen Widerstand nicht durch Entfernung der Personen brachen, sondern in einen lästigen Einzelkampf gegen die Maßregeln sich einließen. Die Minister rechtfertigten ihr Verhalten damit, daß sie mit Umsicht und Ausdauer das Ziel gleich sicher zu erreichen hofften und die mildere Weise einem tief einschneidenden Wechsel vorzögen. Im Volke aber glaubte man an Hindernisse, welche das entschiedenere Vorgehen nicht gestatteten. Hierfür sprach nicht allein die sonst unerklärliche Nichtachtung der Gründe, welche im augenfälligen Staatsinteresse die Einheit der Verwaltung forderten, sondern auch die Duldung und bescheidene Rolle, welche die Minister in der Gesetzgebung einem an sich unmächtigen Factor gegenüber sich auferlegten.

Vom ersten Tage an hatten das Ministerium und das System der neuen Aera in der Partei des Kleinadels einen unversöhnlichen Gegner. Die endliche Einsetzung der Regentschaft empfand die Partei als eine Niederlage, aber sie glaubte an keine lange Dauer des neuen Zustandes. Aus den begleitenden Umständen und aus ihren Nachrichten vom Hofe schöpfte sie Hoffnung. Sie war mit den Bewegungen des Hofes genug vertraut, um aus gewissen Anzeichen auf die Grenzen zu schließen, welche von oben her dem System gezogen waren. In der strengen Durchführung einer

gesetzmäßigen Verwaltung hatten die Minister offenbar freie Hand, den Personen gegenüber waren sie beschränkt. Schon in der Zusammensetzung des Ministeriums lag die Beschränkung ausgedrückt, indem es gewiß nicht mit dem Willen der Minister geschah, daß der Eintritt des Grafen Schwerin verzögert und das Provisorium unter Herrn Flottwell verlängert, daß Herr von Bonin entlassen und Herr von Roon berufen wurde, daß der Präsident Wenzel, der nächst dem Grafen Schwerin hervorragendste Vertreter der parlamentarischen Mehrheit, nicht in das Ministerium gelangen konnte, obschon das Justizportefeuille des Herrn Simons jeden Augenblick sich erledigen ließ und Herr Wenzel in allen Beziehungen der geeignete Mann war. Die Unbotmäßigkeit hoher Beamten war der Partei ein sicherer Beweis dafür, daß der Kampf frei stand. Das Herrenhaus war zum Widerstand in solchen vorübergehenden Zuständen organisiert, und die Partei machte kein Hehl daraus, daß sie die Kraft der Organisation gegen die populären Bestrebungen versuchen wollte. Der Versuch gelang. Mit geringfügigen Ausnahmen unterlagen alle liberalen Gesetzesvorlagen im Herrenhause, und die Ziele wurden vereitelt, über welche die Regierung und das Abgeordnetenhaus ohnehin auf den mäßigsten Grundlagen sich verständigt hatten. Auf diese einfachste Weise wurden die weit verbreiteten Forderungen beseitigt und die Regierung schien gegen die regelmäßig wiederkehrenden Niederlagen wenig empfindlich zu sein. Der grundsätzliche Zwiespalt, welcher seinem Inhalt nach einen Conflict zwischen der Regierung und einem Factor der Gesetzgebung bildete, schien von der Regierung nicht in diesem Lichte aufgefaßt zu werden. Neben der Organisation des Kleinadels im Herrenhause hatte das Verfassungsgesetz der monarchischen Autorität gegen die Gefahr des Conflicts die freie und unbeschränkte Ernennung von Mitgliedern vorbehalten; jetzt war es an der Zeit, das Herrenhaus durch regierungsfreundliche Mitglieder zu ergänzen, aber das wirksame und naheliegende Mittel blieb unbenuzt, obschon das Verwerfen der Regierungsvorlagen sich zur Regel ausgebildet hatte. Wie viel jedoch der bloße, aber energische Wille der Regierung gegen diese Opposition vermochte, zeigte sich bei einer bedeutenden Gelegenheit.

Die Beschwerden über die Ungleichheiten der Grundsteuer

waren von sehr altem Datum, die Provinzen gegeneinander, Kreise derselben Provinz, Einwohner derselben Kreise und ländliche Nachbarn klagten wegen Ueberbürdung. Seit dem Jahre 1848 war die Einführung einer allgemeinen Grundsteuer und die Aufhebung aller Freiheiten gesetzlich zugesagt, das königliche Wort war in gleichem Sinne wiederholt verpfändet. Das erste Unternehmen der Regierung wendete sich dieser Aufgabe zu; die liberale Regierung hatte jeden Anlaß zur schleunigen Lösung, da es gleichzeitig galt, Privilegien zu beseitigen, Ungleichheiten zu heben, eine wichtige Einnahmequelle erträglich und um einiges ergiebiger zu machen. Die Aufhebung der Privilegien aber rief den heftigsten Widerstand des Herrenhauses hervor. In erster Linie fühlte dasselbe als seinen eigensten Beruf, bedrohte Privilegien zu schützen; auf der Rückzugslinie hielt es für eine wichtige Sorge, mindestens die Vermögensinteressen der Privilegirten durch reichliche Entschädigungen zu wahren. Die Regierung hatte mit großer Mühe das Abgeordnetenhaus für weitgehende Zugeständnisse in der Entschädigung gewonnen, dennoch war der erste Versuch an der abweisenden Haltung des Herrenhauses gescheitert und der in der nächsten Session wiederholte Versuch begegnete hier einem gleich schroffen Widerstande. Um das Schicksal dieser Vorlagen spitzten sich die Gegensätze ungewöhnlich scharf zu. Auf Seiten des Herrenhauses kam zu der politischen Abneigung die persönliche Empfindung, weil die meisten und entscheidenden Mitglieder dem kleinen Adel der östlichen Provinzen angehörten und an den bedrohten Privilegien unmittelbar betheiligt waren. Auf der andern Seite drängten nicht nur die vielfachen Rücksichten, welche ich bereits erwähnt habe, sondern die Regierung fügte noch ein neues Motiv hinzu, welches sogar die militärischen Interessen an die glückliche Lösung der Aufgabe fesselte. Die Bedürfnisse des Heeres sollten erhöht, die neuen Mittel aus den Erträgen beschafft werden, welche die Gesetze über die Grund- und Gebäudesteuer in Aussicht stellten. So brachte die Regierung die Bedürfnisse der Armee in Zusammenhang mit der beabsichtigten Steuerreform. Den vereinten Rücksichten gegenüber fiel die gewohnte Nachsicht weg, der königliche Wille selbst kam zum unzweideutigen Ausdruck, und die bis dahin

in der Mehrheit des Herrenhauses erhaltene Disciplin der Parteigenossen lockerte sich. Nur die starren Vertreter haften an dem Parteispruch, daß das Herrenhaus breche, aber nicht biege, und forderten die Entscheidung für die „Heiligkeit der wohlverworbene[n] Rechte“ heraus; die Mehrzahl sorgte für eine gute Entschädigung und ging der gefährlichen Probe aus dem Wege. Ohnehin hatte die anderweite Entwicklung für den Kampf der Partei einen günstigeren Boden bereitet. Das Ministerium wurde, mindestens in der bisherigen Regierungsweise, bereits durch die veränderte Stimmung der Kreise bedroht, von deren Vertrauen es bis dahin getragen war.

Diese hatten jeden möglichen Anstoß sorgfältig verhütet und der Regierung die ausschließliche Initiative überlassen. Aber die Geduld fing an zu ermüden, als die Monate hingingen und auch im zweiten Jahre kein ernstlicher Schritt zur Sicherung des neuen Zustandes geschah. Auch nach der Ernennung des Grafen Schwerin dauerten alle Ungewißheiten fort. Die Verwaltung nach Gesetzen wurde befestigt, aber die Fortschritte der Gesetzgebung stockten, und außer der bessern Gewöhnung wurde für die Zukunft wenig gewonnen. Das Mißtrauen wuchs, als man wahrnahm, daß man in entscheidenden Kreisen die größere Aufmerksamkeit der Reorganisation und den Mehrbedürfnissen der Armee zuwendete und daß das liberale System von jenem Hauptziel in Abhängigkeit gerieth. Je mehr sich die anfangs unbestimmten Umrisse des Reorganisationsplanes verdeutlichten, je weiter die Verhandlungen um die Geldbewilligung vordrangen, um so bedeutungsvoller trat der Sinn hervor, welcher in dem Wechsel des Kriegsministers und in der Person des Herrn von Roon ausgedrückt lag. Von der Art, in welcher dieser Theil der Geschäfte betrieben werden sollte, erhielt man einen Vorgeschmack, als die Regierung im Landtage sich Mittel zu bloß vorübergehenden Bedürfnissen der Armee bewilligen ließ, unter den bündigsten Zusicherungen, daß keinerlei definitive Einrichtung geschaffen werden sollte, draußen aber mit denselben Mitteln im militärischen Sinne definitive Heeres-einrichtungen geschaffen und in öffentlicher Feier als solche angekündigt wurden. Die Besorgniß verbreitete sich, daß, nach einer

nicht unbekanntem Taktik, ein vorübergehender liberaler Zustand zur Aufbürdung neuer Lasten ausgenützt werden sollte. Zwei Nachwahlen im Jahre 1860 waren sichtbare Beweise der veränderten Stimmung. Kurz hintereinander wurden Herr Waldeck in Bielefeld, Herr Schulze-Delitzsch in Berlin zu Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ernannt. Beiden Männern hat der Ruf ihres verdienstlichen Wirkens und das Ansehen der Person zu den Mandaten verholfen, aber immerhin zeigten die Wahlen die gegen 1858 veränderte Stimmung an. In den Wahlcollegien saßen noch dieselben Wahlmänner und beide Abgeordnete gehörten zu den Mitgliedern der Nationalversammlung von 1848, welche in den letzten allgemeinen Wahlen aus patriotischen Rücksichten fern gehalten wurden und sich selbst fern hielten. Unzweifelhaft wurde ihre jetzige Wahl durch Rücksichten derselben Gattung, doch entgegengesetzten Sinnes bestimmt.

Am längsten behauptete sich im Abgeordnetenhause der Charakter, welchen der Geist der allgemeinen Wahlen ausgeprägt hatte. Die Misstimmung brach ab und zu sogar in den öffentlichen Verhandlungen durch, aber die Mehrheit versagte keine Hülfe und bereitete keine Verlegenheit, wenn der Bestand des Ministeriums auch nur entfernt berührt werden konnte. Anders jedoch, als in den Beschlüssen der Mehrheit zum Ausdruck kam, sah es unter den einzelnen Mitgliedern und in den Versammlungen aus, in denen die öffentlichen Beschlüsse vorbereitet wurden. Ganz zufrieden mit dem Gange der Politik waren nur Wenige. Immer deutlicher trat hervor, daß die leitenden Minister in der Ausführung ihrer Politik keine freie Hand hatten und Bedingungen unterworfen waren; sie verdienten Dank, daß sie den schwierigen Geschäften der Vermittelung sich unterzogen, aber sie leisteten offenbar im Nachgeben mehr, als im Erlangen. Viele Mitglieder der Mehrheit erblickten eine erhebliche Gefahr für die Zukunft darin, daß auch die Mehrheit ohne einen gewissen Leitfaden auf den ungewissen Wegen folgte. Sie waren nicht abgeneigt, auf die immer dringender werdenden Ansprüche einzugehen und selbst in eine durchgreifende Erledigung der Armeeorganisation einzutreten, aber sie verlangten, daß die liberale Partei, welche die Mehrheit des Abgeordneten-

hauses bildete, die unbestreitbaren Bedürfnisse des Landes in einem Programm zusammenfasse und das Ministerium zur Durchführung desselben verpflichte. Der hierauf gerichtete Antrag wurde aus „Gründen der Opportunität“ von den Parteigenossen abgelehnt, aber seitdem herrschte der Zwiespalt in den Reihen der liberalen Mitglieder unausgeglichen, obschon äußerlich die Mehrheit in ihrem ursprünglichen Umfang vereinigt blieb. Zum offenen Ausbruch kam der Zwiespalt am Beginn in der letzten Session (1861), als bei Gelegenheit der Adresse die Verhandlungen über die Reform der Bundeskriegsverfassung geführt wurden, welche ich bereits erwähnt habe. Die Ansicht, daß die Reform nur annehmbar wäre, wenn der Oberbefehl über die gesammte Bundesarmee ungetheilt in die Hände Preußens überginge, hatte die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses, vermuthlich auch den Beifall des Ministeriums für sich.*) Die bekannten Hindernisse bestimmten die Regierung, den Antrag, mit dessen Annahme zwar keine Gefahr verbunden wäre, doch „als im höchsten Grade unerwünscht“ zu bezeichnen, und diese Bezeichnung veranlaßte die große Mehrheit, unter ihnen sogar den ursprünglichen Antragsteller selbst, sich zuletzt gegen den Antrag zu entscheiden. Aber 44 Mitglieder der Mehrheit, welche nicht mehr wie bisher die Nothwendigkeit des Ministeriums als alleinige Richtschnur sich dienen lassen wollten, hielten an dem Antrage fest und ließen den beabsichtigten Wendepunkt unzweideutig erkennen, indem sie, obschon sie wegen ihrer geringen Zahl Hindernisse der Geschäftsordnung überwinden mußten, einen namentlichen Aufruf herbeiführten und mit ihren Namen für den Antrag stimmten. Einige von ihnen, 14 an der Zahl, hielten es für angemessen, fortan auch die Vorberathungen in einer gesonderten parlamentarischen Vereinigung zu führen. Der Rest behielt zwar die äußere Fraktionsgemeinschaft bei, aber der innere Zusammenhang löste sich auf. Am Schlusse der Session,

*) Es ist gestattet anzunehmen, obschon ich keinen bestimmten thatsächlichen Beweis dafür in Händen habe, daß die wenige Monate später erfolgte Entlassung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Schleinitz, an dessen Stelle Graf Bernstorff berufen wurde, unmittelbar mit den verfehlten Verhandlungen über die Reform der Bundeskriegsverfassung zusammenhing.

welche zugleich den Schluß der Legislaturperiode bildete, wurde gewissermaßen das Urtheil über die bisherige Regierungspolitik in einer Hauptentscheidung zusammengefaßt, und es zeigte sich dabei, wie weit die Regierung und die Mehrheit, sowie die einzelnen Mitglieder der Mehrheit von einander sich entfernt hatten.

Den brennendsten Punkt in den Verhandlungen dieser Session bildeten von Anfang an die Geldforderungen, welche die Regierung im Militäretat für die Bedürfnisse der Armeeorganisation mit erhöhten Summen erneute. Lange schwebten die Verhandlungen, aber alle Versuche der Verständigung mislangten, es war keine auf beiden Seiten annehmbare Grundlage für ein Gesetz zu gewinnen, welches die Reorganisation endgültig abschloße. Das nächstliegende Hülfsmittel war eine abermalige vorübergehende Bewilligung für die Bedürfnisse des einen Jahres, welche nach der ausdrücklichen Zusicherung der Regierung zu keiner endgültigen Durchführung der Reorganisation dienen und den zukünftigen Landtagen keine auch nur moralische Verpflichtung auferlegen sollte. Die Regierung ließ sich hierzu bereit finden, aber gegen diesen ohnehin verfänglichen Ausweg sprach die nicht wegzuleugnende Erfahrung, daß die Militärverwaltung mit den gleichartigen Bewilligungen des vorigen Jahres den gleichartigen Zusicherungen entgegen Theile ihres Reorganisationsplanes definitiv eingerichtet hatte und schon jetzt unmöglich schien, dieselben rückgängig zu machen. Dennoch fand sich für die Vermittelung kein besserer Plan, und es standen, abgesehen von untergeordneten Einzelheiten, die Gegensätze sich gegenüber, daß die Forderung zur endgültigen Reorganisation, daß sie nur zu vorübergehenden Bedürfnissen dieses neuen Jahres bewilligt, daß sie gänzlich versagt und die Regierung gezwungen würde, zuvor über die Grundlagen der Reorganisation sich zu verständigen. Es ist bezeichnend, daß für die vermittelnde Auskunft nur eine ganz knappe Mehrheit zu Stande kam, während für die definitive Bewilligung einige unbedingte Anhänger und alle konservativen Gegner mit den Ministern zusammenstimmten und es auf nicht mehr als 98 Stimmen brachten. Nahezu die Hälfte des Hauses und unter den liberalen Abgeordneten gewiß die Meisten wollten jetzt, selbst auf die Gefahr einer Ministerkrisis, eine endgültige Lösung und

als Theil derselben eine entschiedene Politik, welche endlich von der Gesetzgebung den Bann der Unfruchtbarkeit löse und die vertagten Reformen wirksam einleite.

Dies war die günstigere Gelegenheit, welche die Mehrheit des Herrenhauses herankommen sah, als sie in der Grundsteuerfrage vor dem ausdrücklichen und persönlichen Willen des Königs zurückwich. Im Gegensatz zu dem Wortlaut und Inhalt der Beschlüsse billigten ihre Wortführer jede Maßregel, welche nicht anders als für eine dauernde Einrichtung der Reorganisation aufgefaßt werden konnte. Noch zu dem letzten Beschlusse, welchem das Herrenhaus in der Fassung des Abgeordnetenhauses beizutreten gezwungen war, fügten sie die Aufforderung hinzu, daß die Regierung dennoch die bewilligten Gelder zur endgültigen Durchführung ihres Reorganisationsplanes verwenden möchte; für den voraussichtlichen Conflict boten sie den Beistand des Herrenhauses an. Unter solchen Vorgängen endete die Legislaturperiode, welche mit so schönen Aussichten begonnen hatte. Nach wie vor standen die beiden Häuser des Landtages im schroffen Gegensatze zueinander, aber ihr Verhältniß zur Regierung war wesentlich verändert. Das Herrenhaus war zum Beistande bereit für die Lösung der Aufgabe, welche die Regierung am meisten zu beschäftigen schien. Das Abgeordnetenhaus dagegen, welches am Anfange der Legislaturperiode vertrauensvoll der Regierung gefolgt war, bot am Schlusse untrügliche Anzeichen, daß die Regierung ohne völlig veränderte Politik nicht ferner auf eine Mehrheit rechnen konnte.

Im Volke war die Umstimmung noch allgemeiner. Zu den wiederkehrenden allgemeinen Wahlen organisirte sich durch das ganze Land die liberale Partei für die Wahl von Abgeordneten, welche der Regierung nur gegen eine kräftige deutsche Politik und ein entschiedenes Handeln in Preußen ihre Unterstützung geben sollten, und die Richtung dieses Handelns bezeichnete ein Programm, welches die dringendsten Forderungen bezeichnete und eine völlige Reform des Herrenhauses als die erste aller Forderungen an der Spitze trug. Das Misverhältniß zwischen Ansprüchen der Wähler und den Absichten der Regierung trat scharf hervor in der Verordnung, welche kurz vor dem Beginne der allgemeinen Wahlen eine Reform des

Herrenhauses festsetzte, daß in Zukunft statt je zwei wegsterbender Mitglieder nur Ein Mitglied aus dem Verbande des alten und befestigten Grundbesitzes präsentirt, demnach die Mitgliederzahl dieser Kategorie in etwa 15—20 Jahren auf die Hälfte herabgedrückt werden und überdies schon der fünfzigjährige Besitz in derselben Hand statt des hundertjährigen zur Präsentationswahl berechtigen sollte. Die Verordnung war vermuthlich darauf berechnet, das allgemeine Verlangen zu beschwichtigen, sie brachte aber die entgegengesetzte Wirkung hervor; man schloß daraus, mit wie geringen Abschlagszahlungen die Regierung entgegenzukommen bereit war. Die allgemeinen Wahlen aber bestätigten den Zug der neuen Bewegung. Die ihr zu widerstreben suchten, sahen sich schon in den Wahlversammlungen völlig verlassen. Ueber zwei Drittel aller Gewählten waren zu den Bedingungen des Programms verpflichtet. Von denjenigen Mitgliedern der frühern Mehrheit, welche nicht energisch der neuen Bewegung sich angeschlossen und das neue Programm angenommen, gelangten nur wenige, denen das persönliche Ansehen und das Ansehen ungewöhnlicher Dienste zur Seite stand, in das Abgeordnetenhaus und sie fanden sich dort völlig vereinzelt.

Das neue Abgeordnetenhaus verhandelte in einem lebhaftern Tone und bekundete ein von der Stimmung der Minister unabhängiges Temperament. Gleich während der ersten Sitzungstage und vor der Erledigung anderer Geschäfte wendete es sich der deutschen Verfassungsfrage in mehrfachen Formen zu. Aber noch war kein wesentlicher Streitpunkt hervorgetreten, nicht einmal der Kern der Gegensätze berührt, als das Ministerium einen an sich untergeordneten Anlaß benützte, um eine Krisis herbeizuführen. Es handelte sich darum, ob eine stärkere Zerlegung der Statsposten in getrennte Titel an dem gegenwärtigen oder erst an dem nächstjährigen Budget vorgenommen werden sollte. Die Regierung verlangte den Aufschub, eine Mehrheit von 28 Stimmen beschloß die sofortige Abänderung. Die Dringlichkeit war als eine geschäftliche erläutert worden, die Minister aber fanden in der Versagung des Aufschubes den Ausdruck eines ungenügenden Vertrauens und baten um ihre Entlassung. Das Gesuch wurde ab-

gelehnt, weil die Entlassung nicht entsprechen würde dem Vertrauen, in welchem das Ministerium bei dem König, und der Achtung, in welcher es bei dem „wohlbedenkenden Theile der Nation“ stände. Das Ministerium blieb im Amte und zum Vorschlag weiterer Maßregeln aufgefordert, bewirkte es die Auflösung des Abgeordnetenhauses. So weit gingen alle Minister einig zusammen und Herr von der Heydt war es, welcher, vermuthlich als ältester unter den anwesenden Ministern, den Bericht hierüber im Abgeordnetenhaus abstattete und die Auflösungsordre sofort verlas. Von da ab entwickelte sich, wie ich nach glaubwürdigen Nachrichten mittheile, unter den Ministern eine Spaltung, in welcher die Herren von der Heydt und von Koon zur Minderheit gehörten. Die Mehrzahl entwickelte in einem Immediatbericht die Bedingungen, unter denen allein sie glaubten, mit erspriesslicher Wirksamkeit im Amte bleiben zu können. Ehe sie hierüber beschieden waren, wurde unter Mitwirkung des Herrn von der Heydt der damalige Präsident des Herrenhauses, Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen, zum stellvertretenden Präsidenten des Ministeriums ernannt und in Abwesenheit des Fürsten von Hohenzollern als thatsächlicher Leiter der Geschäfte eingeführt. Der Posten war nach den bisherigen Ueberlieferungen neu und kam unerwartet. Die Minister aber, welche die Bedingungen ihres Verbleibens vorgetragen hatten, schlossen aus der unerwarteten Schöpfung des neuen Postens, aus der Wahl der Person und aus der Art der Berufung, daß die Bedingungen abgelehnt wären und erneuerten ihr Entlassungsgesuch, welches nunmehr, wenige Tage nach der Ablehnung des ersten Gesuches und der hierauf herbeigeführten Auflösung des Abgeordnetenhauses bewilligt wurde. Die Herren von der Heydt, von Koon und der unlängst erst ernannte Graf Bernstorff gingen in das neue Ministerium über, welches sonst aus unbekanntem Namen nach dem Sinne des Herrn von der Heydt zusammengesetzt war.

So endete die neue Aera. Zu den unerfüllten Hoffnungen und ungelösten Aufgaben kam die verworrene Lage der Armeeorganisation, welche durch den Widerspruch zwischen den Worten und Handlungen, den Gesetzen und den Thatfachen die Gefahr eines Conflicts nahe brachte.